

Ein Aufruf des Reichsbanners

Unter der Überschrift „Die Stammrollen für Ehrhardt liegen aus“ erklärt der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold einen Aufruf, in dem es heißt: „Wer sich vom 16. bis 29. Oktober in die Liste des Volksbegehrens einzeichnet, wirkt dem Reichspräsidenten von Hindenburg vor, daß er eine Politik des Landesverrats gedeckt und gebilligt habe und von Rechts wegen mit allen Mitgliedern der Reichsregierung in ein Justizhaus gehöre. An Stresemanns Waise rief Vizepräsident von Kardorff aus: „Unbegreiflich will mir scheinen, daß man es gewagt hat, diesem treuesten Patrioten die politische, die nationale und die persönliche Ehre abzuspülen“. Vom 16. bis 29. Oktober wird sich erweisen, wer den traurigen Mut ausbringt, mit seinem Namen für ein ehrabschneiderisches Unternehmen einzustehen. Wer sich vom 16. bis 29. Oktober in die Liste des Volksbegehrens einzeichnet, ruft die fremden Truppen zurück über den Rhein, gibt Deutschland einer neuen Infaktion und Inflation preis, stürzt das deutsche Volk in ein Chaos.“

Rein Rundfunk-Dialog nach Maß!

Mit lebhafter Benützung vernimmt man, daß die Idee eines Zwiesgesprächs zwischen zwei Repräsentanten der einander gegenüberstehenden Lager über das Volksbegehren doch noch Wirklichkeit werden soll. Bei dem, der die Technik des Arrangements solcher Zwiesgespräche vor dem Mikrophon kennt, mischt sich allerdings ein Vermutungsdenken in die Freude. Für solche Zwiesgespräche wird vorher eine genaue schriftliche Festlegung des Verlaufes von der Rundfunkleitung eingefordert. Bei dem dann vorgetragenen Dialog fehlt dann also das Entscheidende: die Intuition des Augenblicks. Schon jetzt weiß der ständige Rundfunkhörer, daß dieser Dialog, wenn er auf die übliche Weise arrangiert wird, mit den Worten enden wird: „Es ist also unmöglich, Sie zu überzeugen.“ — „Allerdings.“ Es ist selbstverständlich, daß der Reichsausschuß für das Volksbegehren keinen Vertreter entsenden wird, der sich vom Gegner des Volksbegehrens überzeugen lassen würde. So wird Neugierung und Gegenüberung ohne das erregende und mitreißende Fluidum des echten Dialoges bereits vorher einander gegenübergestellt sein und der Rundfunkhörer hört nur, was er fast jeden Tag in der Zeitung liest, wenigstens wenn er sich nicht mit einer einzigen Zeitung begnügt. — Aber noch ist es Zeit zu fragen, ob das auch hier so sein muß. Sicherlich werden sich Männer finden lassen, die sich verpflichten und denen man glauben darf, daß sie einen sachlichen Dialog mit sachlichen Argumenten führen werden. Man erspare es ihnen, sich in einem vorher nach Maß gemachten Dialog den vier Millionen Rundfunkhörern präsentieren zu müssen und überlasse es der Wendigkeit ihres Geistes und vor allen Dingen der Güte ihrer Argumente, zu welchem Resultat der Dialog gelangt.

Und abermals das Ehrenmal

Wie man hört, befindet sich die aus Vertretern der Reichsregierung, der Länderregierungen und mehreren Künstlern bestehende Kommission zur Prüfung der Pläne für die Errichtung eines deutschen Ehrenmals wieder auf Informationsreisen und hat soeben das in Aussicht genommene Ehrenmalsgelände bei Bad Berka in Thüringen besichtigt. Die Kommission wird sich jetzt nach dem Rheinland begeben, um die dortigen Projekte abermals zu prüfen. Zum Schluß dürfte das bei Goslar ins Auge gefaßte Gelände in Augenschein genommen werden. Man muß hoffen, daß diese abermalige Prüfung der vorliegenden Projekte endlich zu einem Ergebnis führen wird, nachdem bis in die Einzelheiten ausgearbeitete Pläne für jedes einzelne der vorgeschlagenen Gelände bereits seit Jahresfrist und länger vorliegen. Es ist ein wenig erfreulicher Zustand, daß als einziges von allen Ländern Deutschland diese würdige Ehrung seiner Weltkriegsgesallenen noch nicht verwirkt hat.

Was war da los?

Im Berlin sind Gerüchte verbreitet, wonach die drei Brüder Sklarek im Untersuchungsgefängnis Moabit in einer für sie günstigen Weise in andere Zellen verlegt worden seien, und daß sie auch in Bezug auf die Belieferung mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln besser behandelt würden als andere Untersuchungsgefangene.

Hierzu teilt die Berliner Justizpressestelle folgendes mit: Die Brüder Sklarek sind allerdings in andere Zellen verlegt worden, jedoch in der Art, daß — wie es sich aus der Erfahrung heraus schon längst als praktisch erwiesen hat — man sie in den sogenannten Bombenlegerfingeln brachte und in die benachbarten Zellen abwechselnd einen der Brüder Sklarek und einen der Bombenleger unterbrachte. Auf diese Weise dürfte wohl am besten Durchsuchungen und dergleichen vorgebeugt werden. — Was die Behauptungen über Belieferung mit Nikotin und Alkohol betrifft, so erklärt die Justizpressestelle, daß die Brüder Sklarek und Leo Sklarek an einige Kalfaktoren ein paar Zigarren verteilt haben, und daß bei Leo Sklarek ein kleiner Rest Cognac und ein Rest Wein (!) vorgefunden wurde. Diese Reste sind ihm fortgenommen worden. Die drei Brüder werden im übrigen in Bezug auf Bestätigung genau so behandelt wie alle anderen Untersuchungsgefangenen.

Mit Bezug auf die Erkrankung des Buchhalters Lehmann teilt die Justizpressestelle mit, daß dieser ins Gefängnislazarett übergeführt worden ist.

Das Stahlhelmbrot und die Reichsregierung

Mit Bezug auf die erneuten Presseäußerungen, daß die Reichsregierung über das Verbot der Stahlhelmgäule Rheinland und Industriegebiet nicht unterrichtet gewesen sei, wird von unterrichteter Seite wiederholt betont, daß der preussische Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsinnenministerium und auch mit dem Auswärtigen Amt gehandelt habe. Selbstverständlich sei auch der Reichskanzler unterrichtet gewesen.

Verbot des Essener Antifaschistenkongresses

Für Sonntag war der antifaschistische Kongreß für das Ruhrgebiet nach Essen einberufen. Der Essener Polizeipräsident hat, wie die „Rote Fahne“ meldet, den Kongreß verboten mit der Begründung, daß es sich bei diesem Kongreß um eine Fortsetzung des verbotenen R.F.D. (Rotfrontkämpferbund) handele.

Theodor Leipart schwer verunglückt

Bestern vormittag ereignete sich auf der „Aous“, der Automobil-Verkehrs- und Übungsstraße bei Berlin, ein schweres Unglück. Angeblich infolge Perauspringens der Kupplung und Abschleppens fuhr ein Kraftwagen der Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte auf den Mittelstreifen der „Aous“, überschlug sich und begrub die beiden Anassen sowie den Chauffeur unter sich. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, erlitt sehr schwere Verletzungen. Sein Begleiter, der Geheimrat Regierungsrat und ehemalige Vortragende Rat im Reichswirtschaftsministerium H. Bachem kam mit leichteren Verletzungen davon. Beide wurden nach dem St. Hildegard-Krankenhaus geschafft, von wo Geheimrat Bachem nach Anlegung von Verbänden nach seiner Wohnung gebracht werden konnte. Der 34-jährige Chauffeur Kurt Bach hat sich ebenfalls nur leichtere Verletzungen zugezogen. Er wurde nach seiner Wohnung gebracht. Leipart hat einen Schädelgrundbruch sowie einen Oberschenkelbruch erlitten. Sein Zustand ist ernst, aber nicht hoffnungslos.

Die neuen Ermittlungen in der Mordsache Rosen

Wie die „Schlesische Zeitung“ in Breslau mitteilt, ist mit dem Eingreifen der Berliner Kriminalbeamten von Stebermann und Trettin in das Ermittlungsverfahren zur Mordsache Rosen die Untersuchung erneut in Fluß gekommen. Unmittelbar nach der Mordtat hatte man in einem Zimmer auf einem Stuhl einen Hammerkopf mit einem abgedroschenen Stiel vorgefunden. Bei der Prüfung der Räumlichkeiten entdeckten die Kriminalbeamten an einer Substanz eine Druckstelle, die anscheinend durch das Einklemmen eines runden Gegenstandes zwischen Türpfosten und Türflügel entstanden war. Die Tür war früher grau-grün angestrichen und trägt jetzt einen weißen Delanstrich. An dem Hammerstiel fand man Reste der ursprünglichen grau-grünen Farbe. Der Täter bzw. die Täterin hat

somit, um einen Einbruch vorzutäuschen, den Hammer zwischen die Türangel geklemmt, abgedroschen und die beiden Teile — ganz gegen die Art sonstiger Einbrecher — ordentlich zusammen auf einen Stuhl gelegt. Zur Vernehmung des Büchsenmachers H. erzählt das Blatt noch folgendes: Fast instinktiv erkannte H. bei der Gegenüberstellung in Frau Neumann die Kundin wieder, und nur die Schwere der Anklage ließ in ihm den Gedanken an die Möglichkeit einer Verwechslung aufkommen. Auf Befragen durch den Untersuchungsrichter gab Frau Neumann auch zu, den H. schon einmal gesehen zu haben, leugnete jedoch, jemals in seinem Geschäft gewesen zu sein. Auf die Taschenstraße sei sie überhaupt nicht gekommen. Die letzte Behauptung kann als wiederlegt angesehen werden, da erwiesenermaßen Frau Neumann wiederholt um die fragliche Zeit auf der Taschenstraße gesehen worden ist. H. glaubt sich auch noch daran erinnern zu können, daß während Frau Neumann den Dietrich abbrechen ließ, eine zweite Frau durch die halboffene Ladentür gesehen und gefragt hätte, ob Frau Neumann fertig sei.

Balkan- und Schlesiensfahrt

Wie vom Luftschiffbau Zeppelin gemeldet wird, wird das Luftschiff „Graf Zeppelin“ am Dienstag abend 8 Uhr zu seiner Balkan- und Schlesiensfahrt starten. Nach der bisher bekanntgewordenen Fahrtroute dürften folgende Orte überflogen werden: Friedrichshafen, München, Trostberg, Wien, Preßburg, Budapest, Szeged, Belgrad, Niß, Sofia, Plewna, Alexandria, Bukarest, Kronstadt, Hermannstadt, Remesdar, Szegedin, Budapest, Brünn, Ratibor. Von hier aus nimmt das Luftschiff Kurs nach Breslau, wo eine Zwischenlandung vorgesehen ist. Dort werden auch die Passagiere gewechselt.

Der Versuchflug des englischen Luftschiffes R 101 zur Zufriedenheit verlaufen

Der Versuchflug des Luftschiffes „R. 101“ ist sehr zufriedenstellend verlaufen. Die Steuerorgane arbeiteten spielend. Es wurden 38 Mann Besatzung und 14 Passagiere befördert. Die Maschinen arbeiteten zur vollsten Zufriedenheit. Man erreichte eine Geschwindigkeit von 50 Stundenmeilen, ohne daß die Motoren auf volle Tourenzahl gebracht wurden.

Monopole! Monopole!

Eine kleine Berliner Anekdote

Dem „Jungdeutschen“ entnehmen wir die nachstehenden Ausführungen über die Monopolwirtschaft in Berlin:

Nur die Zulassung des freien Wettbewerbs ermöglicht jene öffentliche Kontrolle, die das Grundelement der kommunalen Selbstverwaltung bildet. Das sagt die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels in einer Eingabe an die zuständigen Ministerien und den Deutschen Städtetag. Die Hauptgemeinschaft betont, wie stark die Erregung und Empörung gegen die ungeheuerlichen Vorgänge zwischen der Stadt Berlin und den Sklareks sei. Diese Stimme steht nicht allein da. Die Monopolwirtschaft der Stadt Berlin ist in den letzten Tagen in der breiten Öffentlichkeit Gegenstand schärfster Kritik gewesen. Und sie verdient diese Kritik. Nicht allein, daß in den Jahren 1924 bis 1927 Berlin bereits 252 kommunale Wirtschaftsbetriebe zählte, von denen nicht weniger als 145 mit großem Verlust arbeiteten; das Einzelgewerbe wird durch diese vernünftlose Monopolwirtschaft, die sich über fremde Firmen, eigene städtische Gesellschaften und Decknamen zieht, in einem unerträglichen Maße benachteiligt und geschädigt.

Die Kleidervertriebsgesellschaft der drei Gebrüder Sklarek hatte ein Monopol für die Belieferung aller städtischen Betriebe mit Textilwaren. Angebote des Einzelgewerbes, die im Preise niedriger und in der Qualität besser waren als die Angebote der Gebrüder Sklarek, wurden zu den Akten gelegt. Nach Ablauf des Vertrages lehnte die Stadtverordnetenversammlung eine Verlängerung ab. Ueber den Kopf der Stadtverordnetenversammlung hinweg wurde vom Magistrat der Monopolvertrag verlängert. Den Gebrüder Sklarek wurden Kreditmittel in uneingeschränkter Höhe gewährt. Durch die Kreditgewährung hat die Stadt Berlin einen Schaden über 10 Millionen Mark erlitten. Der Monopolvertrag hat den Gebrüder Sklarek drei Willen, einen großen Mißstand und die Möglichkeit zu verschwenderischer Lebensführung eingebracht. Geschädigt wurde das Einzelgewerbe und die Abnehmer der Sklarekschen Waren, die Ueberpreise für Schuld bezahlen mußten.

Die Firma Butt u. Co. hat mit der Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft 1925 ein Monopol abgeschlossen. Es läuft bis 1930. Nach diesem Monopol wird sämtlicher Sand und Kies, der für die Straßenbahnarbeiten verwendet wird, nur von dieser Firma geliefert. Bezt wurde in Schöneberg, Friedenau und Steglitz auf einer Strecke von mehreren Kilometern die Straßenbahn umgelegt. Wenn in einigen Jahren die projektierte Untergrundbahn gebaut wird, muß alles wieder aufgerissen werden. Der Kilometer dieser Strecke kostet 1,5 Millionen Mark. Direktor der Verkehrs-A.G. und Geschäftsführer der Firma Butt u. Co. sind Vater und Sohn.

Die Steuerverwaltung des Magistrats Berlin hat an die Firma Bajanz u. Studer ein Monopol gegeben und zwar auf die Herstellung von Losröllchen für die Belieferung von Tombolen. Während bis zum Jahre 1926 der Reichsverband Deutscher Karneval- und Festausschüßler-Händler die Losröllchen zu einem Preise von 1,85 bis 2,50 Mark für 1000 Stück liefern konnte, wurde plötzlich der Verkauf durch die Stadt Berlin übernommen und der Preis auf 4,20 Mark für 1000 Stück erhöht. Sämtliche anderen Firmen, die vordem Lose herstellten, waren gezwungen, ihren Betrieb einzuschränken, wenn nicht gar stillzulegen. Dagegen wurden der Firma Bajanz u. Studer für die Herstellung der Lose vom Magistrat Mittel zur Anschaffung von Maschinen zur Verfügung gestellt. Der Magistrat will sich jetzt damit entschuldigen, daß angeblich die Firma ein Patent auf die Losröllchen habe und außerdem bei einer Belieferung von nur einem Lieferanten Unzulänglichkeiten ausgeschlossen werden.

Wenn nur ein kleines Monopol, so kann man es bei dieser Gelegenheit, wo die Geschäfte der Stadt zur Sprache kommen, auch ruhig mit erwähnen. Es handelt sich um Vorgänge bei der Vermietung von Ständen der Zentralmarkthalle. Eine Frau

Heinze tritt seit längerer Zeit als Vermittlerin zwischen Pächtern und der Stadt Berlin auf und läßt sich für jede Vermietung 400 Mark bezahlen. Es geht nicht etwa bei der Vermietung von Ständen der Halle nach, wie die Anmeldungen kommen, sondern nach der Vermittlungsgebühr. Interessenten, die die Vermittlung beagter Frau Heinze ausschalten wollen, erhalten überhaupt keinen Stand. Die Vermittlerin selbst erklärt, daß sie dank ihrer guten Beziehungen zur Stadt Berlin immer gute Stände vergeben könnte. Die Beträge, die sie als Vermittlungsgebühr einzieht, bezeichnet sie auf den Quittungen als „Bemühungen in Stadtangelegenheiten“.

Die Belieferung städtischer Betriebe und Anstalten, z. B. der Krankenhäuser, mit Fleisch, ist ebenfalls monopolisiert. Das Monopol haben die beiden Fleischwerke Hübnerfeld und Friedrichshagen in der Hand. Vor einigen Jahren gab es einmal einen Skandal. Verschiedene Abnehmer beschwerten sich darüber, daß das gelieferte Fleisch nicht immer in gutem und sauberem Zustande geliefert würde. Die beiden städtischen Werke haben das Monopol trotzdem weiter behalten. Die Wirkung der Beschwerden war (wie im Falle Sklarek) gleich Null.

Als weitere städtische Gesellschaften, die Monopole der Stadt Berlin besitzen, seien genannt: Die Handwagen-Vermietung Neukölln, die städtischen Weinkellereien in Schöneberg und Neukölln, die „Berel“ (Berliner Anschlag- und Kellermenschen), die Müllabfuhr, die Straßenreinigung, verbunden mit der Kanalisation, ferner zwei Buchdruckereien in Spandau und Schöneberg, sowie die Sarglieferung in Neukölln und Reinickendorf. Die indirekten Monopole, unter denen z. B. die städtischen Leibämter fallen, seien nicht mit eingerechnet. Ebenso seien nicht mit eingerechnet die großen Monopole der Stadt im Verkehrswesen und auf dem Gebiete von Gas, Wasser und Elektrizität.

Monopolisiert ist das ganze Siedlungs- und Wohnungswesen. Die private Baubauindustrie wird trotz der katastrophalen Wohnungsnot nicht herangezogen, sondern an die Wand gedrückt. Man macht ihr so viel Schwierigkeiten, daß sie gar nicht daran denken kann, irgend etwas zu unternehmen. Alles ruht in den Händen der Stadt. Wir haben in Berlin nicht weniger als zehn Siedlungsgesellschaften mit dem Charakter einer W. m. b. H. und zwei Siedlungsgesellschaften mit dem Charakter einer A.-G. Sie alle werden hundertprozentig von städtischem Gelde erhalten. Wie schädlich dieses Monopol auf dem Wohnungsmarkt wirkt, braucht nicht nochmals betont zu werden. Wir haben im „Jungdeutschen“ schon des öfteren darauf hingewiesen und Tatsachen angeführt, die sich nicht widerlegen lassen.

Wer auf der Untergrundbahn oder Hochbahn fährt, wird kaum wissen, daß auch die Reklame, die er dort zu sehen bekommt, besonders monopolisiert ist. Ein weiteres Monopol ist noch sehr aktuell. Bekanntlich hat Berlin bereits einmal einen Autoruf besessen. Dies war eine private Gründung, die nachher aus irgendwelchen Gründen zusammenbrach. Dieser Autoruf soll jetzt wieder neu ausgezogen werden, obwohl sich die Kraftwagenlenker dagegen wehren. Natürlich wird jetzt der Autoruf ein städtisches Monopol werden. Vorläufig zwar erst ein gemischtes Monopol, das dann aber sehr bald seine Hundertprozentigkeit erreicht haben dürfte. Monopol ist Trumpf.

Diese Aufstellung legt keinen Wert auf Vollständigkeit. Es ist nur eine kleine Anekdote aus der unübersichtlichen Monopolwirtschaft, die seit Jahr und Tag von der Stadt Berlin betrieben wird. Wenn die Industrie- und Handelskammer, wenn das Einzelgewerbe und alle interessierten Kreise nach dem Sklarek-Skandal auf eine Beseitigung dieses unheilvollen Zustandes drängen, so ist das nicht verwunderlich. Es ist ein Akt der Notwehr und ein Kampf um die Grundgesetze der kommunalen Selbstverwaltung, die durch eine berartige Monopolwirtschaft untergraben und vernichtet werden.

Im f... dem es se... ling trog... rids eing... noch das... den Tag... manche w... einen Be... sch im W... fahrlige... burliche... in der W... danach tar... Geschäft... den Stoff... Strahlen f... sem oder... in der Fa... Mann gel... Güte des... der Entbe... einem der... hause des... dem jung... empfangen... verkaufen... Da, selbst... sagen. we...

Seit... demendet... eine Zeit... mitteln ab... um reine... Mittel, m... warf, wa... lernen O... mit voller... Sehe sich...

So f... mitteln be... das durch... glaubte u... Verfügen... schreien... es zuerst... kommt, w... Brandmit... diese an il... genehme... gefährliche... die Brand... Geister er... schneiten... hinten on... Wäschung... Das... nach Ehr... Von... Wäschung... blüte erke... und der u... Glaubens... nen Torp... das Bebe... was und... die gar g... üfferte) a... von Frei... erste We... An E... raketen m... um Obigo... Dann... zum reine... zu erinne... ten Jabel... machte die... mit seiner... Su... Indien A... lore. Su... Brandbr... einige We... Kopf, der... Congre... rieten... Abnung t... der „Bä... schen Str... Run... päischen S... reich und... nicht zur... Corps“ f... Erinnerung... Doch das... die gegog... Dafi... porte zu... „Ber... Dampf... Volghilp... Jahren 1... ger als e... der folge... peller du... von Stea... das bund...